

Die Linke, Stadtratsgruppe, Am Bachl 16, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Scharpf

Datum 19.08.2021
Telefon (0171) 3 65 95 99
Telefax
E-Mail info@bulling-schroeter.de

Gremium	Sitzung am
Ferienausschuss	19.08.2021

**Änderungsantrag zum Alkoholverbot | Kooperativer Ansatz
-Antrag der Stadtratsgruppe Die Linke vom 19.08.2021-**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Als LINKE. Stadtratsgruppe bitten wir, den folgenden Änderungsantrag zur Vorlage V0738/21 im Ferienausschuss zur Abstimmung zu stellen:

1. Die Verwaltung verschiebt die Abstimmung auf die Einführung der "Alkoholverbotsverordnung im Klenzepark" auf die nächste Sitzung am 04. Oktober zugunsten einer Karenzzeit in der ein kooperatives Konzept geprüft und vollzogen wird. Die Abstimmung erfolgt dann unter einer Evaluierung der Ergebnisse dieses Ansatzes.
2. Die Verwaltung gewährt dem lokalen Ordnungsdienst ein Budget für eine 10h Schulung des örtlichen Ordnungsdienstes von Seiten eines/ einer Streetworker*in mit Erfahrung in der aufsuchenden Jugendarbeit, der/ die innerhalb der nächsten 2 Wochen zusammen mit diesem ein Konzept und Vorgehen zur Gewaltprävention im Klenzepark erarbeitet.
3. Die Verwaltung beauftragt den örtlichen Sicherheitsdienst mit der kooperativen Präsenz im Klenzepark und der Benennung eines oder zwei Klenzepark Kümmerer*innen, die als erste Anlaufstelle für Jugendliche in Problemfällen in Abendstunden kontaktierbar sind und im Klenzepark wiederkehrend Präsenz zeigen und in konstruktiven Kontakt mit den Jugendlichen treten.
4. Die Verwaltung erstellt ein Flugblatt, dass vom örtlichen Sicherheitsdienst Abends an die Jugendlichen ausgegeben wird und auf die Bedingungen der Karenzzeit verweist (Müllvermeidung, Lärmreduzierung, kooperatives Verhalten mit den Sicherheitskräften, Meldung von Gewalttättern und Vorkommnissen an die Klenzepark Kümmer*innen)
5. Die Klenzepark Kümmer*innen berichten in der nächsten Stadtratssitzung über ihre Erfahrungen mit den Jugendlichen, damit wir im Stadtrat eine differenzierte Sicht auf die Lage bekommen.
6. Für den langfristigen Umgang mit der Gewaltproblematik prüft die Verwaltung, ob und wo selbstorganisierte Jugendtreffs mit sozialpädagogischer Betreuung im Sinne der aufsuchenden Jugendarbeit in Ingolstadt möglich und nötig wären.

Begründung:

Gerade in Corona Zeiten wurden und werden Jugendlichen ihre sozialen Räume genommen. Sie dienen dem Austausch, aber auch der Zuflucht, wenn familiäre Umstände keine angemessenen Rückzugsmöglichkeiten bieten. Alkohol gehört in unserem Kulturkreis traditionell zu sozialen Veranstaltungen und führt auch auf Volksfesten regelmäßig zu einem gewissen Gewaltpotential. Jedoch handelt es sich hierbei meist um eine kleine Minderheit, die jedoch durch Repression und eine soziale Solidarisierung schnell auch größere, eigentlich unauffällige Jugendliche einschließen kann und das Potential zu Krawallen wie bspw. in Frankfurt bietet. Hier entlädt sich dann auch der soziale Frust von Jugendlichen, der sich durch die Einschränkungen in den Corona Lockdowns aufgestaut hat.

Anstatt durch Repression eine Konfrontation und Eskalation zu forcieren, welche nicht nur den weiteren Lebensweg von Jugendlichen gefährdet, wenn sie innerhalb einer Gruppendynamik straffällig werden, sondern auch die Einsatzkräfte vor Probleme stellt, die deren körperliche Unversehrtheit gefährden, plädieren wir für einen kooperativen Ansatz in Zusammenarbeit mit den Jugendlichen. Ein derartiges Vorgehen begegnet den jungen Menschen auf Augenhöhe und erkennt ihre Bedürfnisse an. Ein kooperativer Ansatz würde ihnen die Chance geben ihren sozialen Raum unter Einhaltung der vorgelegten Bedingungen zu erhalten. Auch junge Menschen beim Feiern haben das Bedürfnis eine sichere Umgebung vorzufinden. Anstatt sie durch ein Alkoholverbot ihres sozialen Raumes zu berauben und sie schlimmstenfalls in infektionsbiologisch kritische Innenräume zu verdrängen, könnte man sie durch ein kooperatives Vorgehen zur Mitarbeit motivieren und als Partner*innen für einen sicheren und sauberen Klenzepark gewinnen.

Dafür braucht es einen Kontakt auf Augenhöhe mit Personen, die im Sinne der "Street Work" ein Vertrauensverhältnis zu diesen Jugendlichen aufbauen können. Ein derartiges Vorgehen muss natürlich flankiert werden von einem harten Vorgehen gegen jene, die destruktiv und mit Gewalt auf ein sicheres Feiern im Klenzepark einwirken. Dies ist auch im Sinne der dort Feiernden. Mit einer entsprechenden Informationskampagne und festen Klenzepark Kümmerer*innen mit Ordnungsantrag haben wir nicht nur die Chance in Kooperation mit den Jugendlichen zu treten und dadurch ihre Identifikation mit dem Gemeinwesen zu stärken, sondern auch Informationen über die verschiedenen Szenen zu gewinnen, um besser destruktive Personen von normal Feiernden zu differenzieren.

Ein pauschales Vorgehen mit einem Verbot tut vielen jungen Menschen Unrecht und schert sie über einen Kamm. Es fördert ein Ungerechtigkeitsgefühl, dass sie zu Gegner*innen des Staates macht, in einem Bereich, in dem der Staat eigentlich auf Verbündete angewiesen sein sollte. Das Problem der Gewalt wird sich jedoch so oder so nicht über Nacht und Verbote lösen lassen, da es sich lediglich verlagern wird und auf schwerere familiäre Probleme im Leben der Aggressor*innen hinweist. Für ein nachhaltiges und langfristiges Vorgehen sollten hierfür eine Herangehensweise der aufsuchenden Jugendarbeit und der selbstorganisierten Räumen geprüft werden, die sowohl in Ingolstadt als auch in anderen Städten in der Vergangenheit positive Ergebnisse in dieser Hinsicht geliefert haben.

Mit freundlichen Grüßen

Christian-Linus Pauling
Mitglied des Stadtrates